

**Antrag 189/I/2025****KDV Lichtenberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Für eine solidarische Verteilung der Lasten der Nothilfe für Geflüchtete in Berlin**

1 Wir fordern die SPD-Mitglieder in Senat und Abgeordnetenhaus sowie den Landesvorstand der Berliner SPD auf

2 stärker als bisher aktiv, politisch steuernd auf eine gerechtere und solidarische Verteilung der Lasten der Unterbringung geflüchteter Menschen über alle Berliner Bezirke hinzuwirken und sich nicht mehr länger hinter Verwaltungshandeln zu verstecken.

3

4 Wichtige zukünftige Standortentscheidungen dürfen

5 nicht nur allein von der Verfügbarkeit von Unterbringungsmöglichkeiten abhängig gemacht werden,

6 sondern müssen stets auch weitere örtliche Faktoren

7 berücksichtigen. Hierzu gehören besondere regionale Herausforderungen, die Leistungsfähigkeit der bestehenden Infrastruktur, aber auch die Bauentwicklung im Umfeld, die eine zusätzliche zukünftige Belastung für die bestehende Infrastruktur bedeutet. Der geschäftsführende Landesvorstand wird dementsprechend aufgefordert,

8 aktiv Maßnahmen zu ergreifen, um die Disbalance bei der

9 Verteilung von Unterkunftsplätzen zwischen den Berliner

10 Bezirken kurz-, mittel- und langfristig abzubauen. Dabei

11 gilt es, Kieze mit hoher sozialer Belastung zu entlasten und eine proportionale Verteilung entsprechend

12 der Einwohnerzahl anzustreben. Großunterkünfte in

13 sozial belasteten Kiezen und Inhouse-Beschulung von

14 schulpflichtigen Kindern dürfen nur die absolute Ausnahme sein, da sie Grundprinzipien sozialdemokratischer

15 Integrations- und Bildungspolitik widersprechen.

16

17 Wir fordern zudem ein Sofortprogramm zur Stärkung

18 der sozialen Infrastruktur für überproportional belastete

19 Kieze mit besonderen sozio-ökonomischen Herausforderungen, schwacher sozialer Infrastruktur und damit verbundenen Integrationshemmnissen. In diesem Zusammenhang fordern wir den Landesvorstand auf, sich mit Nachdruck für die geplante Gemeinschaftspauschale als finanziellen Ausgleich für die zusätzliche Belastungen der Bezirke einzusetzen.

20

21 Der geschäftsführende Landesvorstand wird beauftragt,

22 umgehend nachhaltige Verbesserungen der Bedingungen in Tegel zu schaffen und das bestehende Provisorium

23 zu beenden. Zudem soll er ein Konzept entwickeln und

24 umsetzen, wie die Information und Beteiligung der Bürgerinnen im Umkreis geplanter Unterkünfte frühzeitiger und transparenter erfolgen kann. Anwohnerinnen müssen mehr Möglichkeiten erhalten, eigene Vorschläge zur

25 Gestaltung des baulichen und sozialen Umfelds der Un-

**Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesvorstand (Konsens)**

49 terkünfte einzubringen, damit auch für sie ein Mehrwert  
50 entsteht.

51

52 Wenn aufgrund der mangelnden kurzfristigen Verfügbar-  
53 keit freier Unterkunftskapazitäten in einigen Bezirken und  
54 Kiezen keine kurzfristige Reduktion der Ungleichvertei-  
55 lung möglich ist, fordern wir Ersatzmaßnahmen bspw. in  
56 finanzieller sowie personeller Hinsicht.

57

58 Sobald die entsprechenden Überlegungen des gLV und  
59 LV abgeschlossen sind wird parteidörfliches Workshop-  
60 Format unter Beteiligung von externen Expert\*innen ein-  
61 berufen, um die parteiinterne Debatte zu fördern und Vor-  
62 schläge für die Berlin-Wahlen in 2026 zu entwickeln.

63

64 Um die Verteilung auch bundesweit gerechter zu gestal-  
65 ten, soll sich der Berliner Senat dafür einsetzen, dass in ei-  
66 nem ersten Schritt der bestehende Königsteiner Schlüssel  
67 von allen Bundesländern eingehalten wird. Darüber hin-  
68 aus soll eine Bundesratsinitiative für einen neuen Verteil-  
69 mechanismus auf den Weg gebracht werden, der die rea-  
70 le Integrationsfähigkeit der Bundesländer stärker berück-  
71 sichtigt.

72

### 73 **Begründung**

74 Geflüchteten Menschen zu helfen ist eine Frage des An-  
75 standes und der Menschlichkeit. Sozialdemokratische Po-  
76 litik mit Herz und Verstand verschließt weder die Augen  
77 vor der Not vieler zu uns geflüchteter Menschen, noch den  
78 berechtigten Sorgen, die die hier bereits lebenden Nach-  
79 barinnen und Nachbarn haben, dass sich bestehende so-  
80 ziale Probleme in den Kiezen verschärfen, wenn kurzfristig  
81 viele neue Menschen – egal woher sie stammen – hinzu-  
82 ziehen.

83

84 Es bedarf unbedingt neuer Unterkünfte mit hinreichen-  
85 den Kapazitäten, um insbesondere die prekären Unter-  
86 bringungsumstände in Tegel – für die wir uns als Berli-  
87 ner SPD nur schämen können – schnell und nachhaltig zu  
88 überwinden. Wir müssen zudem vorsorglich mehr Unter-  
89 bringungsmöglichkeiten schaffen, um im Falle einer sich  
90 möglicherweise weiter verschärfenden Situation in der  
91 Ukraine oder im nahen und mittleren Osten, besser als in  
92 den letzten Jahren vorbereitet zu sein. Zugleich gilt es die  
93 nötigen Voraussetzungen für eine schnelle Integration der  
94 neuen Nachbar\*innen zu gewährleisten. Das war und ist  
95 uns als Berliner SPD seit jeher ein besonderes Herzensan-  
96 liegen.

97

98 Es widerspricht jedoch sozialdemokratischen Werten,  
99 dass an vielen Orten unserer Stadt, Geflüchtete, ihre  
100 Nachbarinnen und Nachbarn, ehrenamtliche und poli-  
101 tisch Engagierte mit ihren Problemen, wie fehlende so-

102 ziale Infrastrukturen, allein gelassen werden. Wenn Sonn-  
103 tagsreden und Apelle von maßgeblichen Akteuren statt  
104 konkrete, pragmatische mit finanziellen Mitteln unterleg-  
105 te Unterstützungsangebote folgen, trotz dringender Bit-  
106 ten von Genoss\*innen an der Basis und in verantwortli-  
107 chen Positionen in den Bezirken. Wenn betroffene Bür-  
108 ger\*innen, die zuständigen Behörden und Gremien so spät  
109 wie möglich informiert und wenn, dann nur der Form hal-  
110 ber und halbherzig beteiligt werden. Wir laufen in vielen  
111 Berliner Kiezen auf eine Eskalation sozialer Spannungen  
112 zu, wenn sich Bürger\*innen alleine gelassenen fühlen und  
113 sich die objektive Versorgung mit grundlegenden sozialen  
114 Infrastrukturen weiter verschlechtert. Zudem besteht die  
115 ernste Gefahr, dass destruktive, populistische Akteure von  
116 rechts und links diese Situation politisch ausnutzen und  
117 noch mehr Zulauf als bisher bekommen.

118  
119 Wie unter einem Brennglas kulminieren diese Probleme  
120 in Lichtenberg an der Landsberger Allee im ehemaligen  
121 Hotel City EastDieser Standort ist keiner wie andere. Auf-  
122 grund der sehr angespannten sozialen Infrastruktur vor  
123 Ort, insb. fehlender Schulplätze und einer unzureichen-  
124 den medizinischen Versorgung, aber auch aufgrund sei-  
125 ner schieren geplanten Größe, sehen wir ihn extrem kri-  
126 tisch. Zudem wird es durch die zahlreichen neuen Woh-  
127 nungsbauprojekte im Umfeld zu einer weiteren substan-  
128 ziellen Inanspruchnahme der bereits hoch belasteten In-  
129 frastruktur kommen.

130  
131 Zudem sehen wir, dass die Lasten auf wenige Bezirke –  
132 und sogar wenige Kieze innerhalb dieser – gerade in sol-  
133 chen mit besonderen sozio-ökonomischen Problemlagen  
134 – in unsolidarischer Weise abgewälzt werden. Das betrifft  
135 nicht nur Lichtenberg und hier insb. den Altbezirk Hohen-  
136 schönhausen, sondern bspw. auch den Norden Pankows  
137 oder Teile Spandaus. Diese fehlende Balance untergräbt  
138 die Bereitschaft, gerade der Anwohnenden, sich pragma-  
139 tisch vor Ort mit den Herausforderungen auseinander-  
140 zusetzen. Sie fördert Misstrauen gegenüber „der Politik“,  
141 Wut und Verzweiflung, aber auch Apathie und Rückzug  
142 ins Private. Sie ist ein Knüppel in die Beine der Genoss\*in-  
143 nen und Bürger\*innen, die sich aktiv für die Integration  
144 und den Erhalt des sozialen Friedens einsetzen.

145  
146 Diese Fehlentwicklungen mangelnder politischer Verant-  
147 wortungsübernahme seitens des Senats und mancher Be-  
148 zirke, sind für viele SPD-Gliederungen von Relevanz. Lich-  
149 tenberg will mit diesem Antrag den Start der nötigen, lan-  
150 ge überfälligen berlinweiten Debatte in der SPD Berlin  
151 herbeiführen und zur Beschleunigung der dringend nöti-  
152 gen Unterstützung an der Basis beitragen.

153